Deutscher Bundestag **Drucksache 19/26339**

19. Wahlperiode 01.02.2021

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Munitionsaltlasten in den Meeren bergen und umweltverträglich vernichten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Auf dem Meeresboden der deutschen Nord- und Ostsee liegen Schätzungen zu Folge ca. 1,6 Millionen Tonnen an Munitionsaltlasten. Von diesen Altlasten liegen rund 1,3 Millionen Tonnen konventionelle Kampfmittel in der Nordsee und 300.000 Tonnen in der Ostsee. Hinzu kommen ca. 5.090 Tonnen chemische Munition in den deutschen Meeresgewässern. Diese Altlasten aus den Weltkriegen fanden Jahrzehnte lang kaum Beachtung und die politische Verantwortung für die Beseitigung dieser Altlasten wurde von Bundes- und Landesregierungen weitestgehend negiert. Doch die im vergangenen Jahrzehnt neu gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse verdeutlichen einen immensen Handlungsdruck. Der Zustand der Munitionsaltlasten verschlechtert sich seit den 1990er Jahren dramatisch durch die zunehmende Korrosion und die Einflüsse der Gezeiten. Von den Kampfmitteln geht bereits jetzt eine Gefahr für die Sicherheit von Menschen und für die Umwelt aus. Wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge muss das Problem in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren gelöst werden, um größeren Schaden abzuwenden. Es ist deshalb zwingend erforderlich, eine langfristige Strategie zwischen Bund und Ländern gemeinsam mit Wissenschaft, Wirtschaft und den Umweltverbänden zu entwickeln, um eine systematische Bergung und umweltgerechte Vernichtung der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee umzusetzen.

Die gesamte Fläche der deutschen Meeresgebiete ist potenziell mit Munitionsaltlasten belastet. Bis zu 90 Prozent der am Meeresboden befindlichen Kampfmittel befinden sich aber in den sogenannten Versenkungsgebieten. Diese wurden hauptsächlich von den Alliierten nach dem Ende des 2. Weltkrieges festgelegt, um die deutschen Gebiete schnellstmöglich zu entwaffnen und sämtliche Munitionsvorräte zu entsorgen. Ein Beispiel für ein gut erforschtes Versenkungsgebiet ist die Kolberger Heide in der Kieler Außenförde. Bei Wassertiefen von lediglich 5 bis 18 Metern liegen hier unweit der Küste große Mengen an Torpedoköpfen, Grund- und Ankertauminen, Wasserbomben, sowie Artilleriemunition am Meeresgrund. Nach Angaben des langjährigen Leiters des Kampfmittelräumdienstes Schleswig-Holstein wurden allein in der Kolberger Heide bis zu 8.000 Torpedosprengköpfe und 10.000 Seeminen versenkt – wobei wissenschaftliche Vermessungen aktuell eher von 3.000 Objekten in der Kolberger Heide ausgehen (https://www.schleswig-holstein.de/DE/UXO/Berichte/PDF/Berichte/anhang_10200.pdf).

Über die genauen Ausmaße in den einzelnen Versenkungsgebieten, den Zustand der einzelnen Kampfmittel und das Gefahrenpotential ist trotz einiger Forschungsprojekte und stetig steigenden Wissenszuwachs immer noch wenig bekannt. Insgesamt sind bisher 15 Versenkungsgebiete in der deutschen Nord- und Ostsee identifiziert worden. Davon sieben in den Meeresgebieten der Nordsee und acht in den Meeresgebieten der Ostsee. Darüber hinaus gibt es 21 weitere Verdachtsfälle von Versenkungsgebieten in der Ostsee. Hinzu kommen 71 bekannte, stark munitionsbelastete Flächen. Die systematische Suche und Bergung finden in diesen besonders stark belasteten Gebieten bisher nicht statt. Daher muss dafür gesorgt werden, einen genauen Überblick der versenkten Munition durch eine zielgenaue Kartierung und ein begleitendes Monitoring der Altlasten zu erhalten. Dafür müssen Forschungskapazitäten gebündelt und Prioritäten festgelegt werden.

Vereinzelte Granaten, Seeminen oder andere Kampfmittel, weit verteilt über die gesamte Fläche der deutschen Nord- und Ostsee, bilden die restlichen ca. 10 Prozent der Munitionsaltlasten in den deutschen Meeresgebieten. Wiederholt finden deshalb auch Berufsfischer Kampfmittel mit bereits verrosteten oder teils geöffneten Hüllen in ihren Netzen, was eine erheblichen Gefahr für die beteiligten Personen darstellt. Es ist bisher weitgehend unbekannt, wo sich die einzelnen Objekte befinden, in welchem Zustand sie sind und welche Gefahr von ihnen ausgeht. In den meisten Fällen gehen sie auf Kriegshandlungen in den Weltkriegen und auf Militärübungen zurück. Diese weiträumige Verstreuung von Kampfmitteln ist hauptsächlich eine Sicherheitsgefahr für die Fischerei, Schifffahrt und auch den Tourismus und stellt gleichzeitig ein Hindernis für die wirtschaftliche Erschließung von Nord- und Ostsee dar. Oftmals verzögern einzelne Funde wichtige Bauprojekte (z.B. Kabelverlegungen, Pipelines, Windenergieparks) und steigern die Kosten erheblich. 98 Prozent der heute durchgeführten Kampfmittelräumungen in Nord- und Ostsee stehen in Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Erschließung der Meere (Angabe von D. Guldin, SeaTerra). Der Großteil dieser Funde ist nach eingehender Untersuchung handhabungssicher und transportfähig. Deshalb hat die 93. Umweltministerkonferenz des Bundes und der Länder (UMK) durch einen Beschluss eindringlich die Notwendigkeit einer besseren Kartierung, Bewertung und damit verbundenen Priorisierung der Bergung für die existierenden Altlasten hervorgehoben und einen zielführenden Umgang mit diesen eingefordert.

Die von den verrostenden Kampfmitteln ausgehende Umweltgefahr und die bei Unterwassersprengungen freigesetzten Schadstoffe im Wasser spielten bei der Kampfmittelräumung bisher nur eine untergeordnete Rolle. Dabei sind sprengstofftypische Verbindungen und andere Schadstoffe aus Munitionsaltlasten in den marinen Ökosystemen und Tieren (u.a. Fische, Muscheln) nachweisbar und stellen eine ernst zu nehmende Gefahr für die ohnehin stark belasteten Meere dar. Diese Schadstoffe sind ein weiteres Hemmnis für das Erreichen des guten Umweltzustands, zu welchem sich Deutschland im Rahmen der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie bereits 2008 verpflichtet hat. Sowohl die Wirkmittel chemischer als auch konventioneller Kampfmittel können die fragilen Ökosysteme schädigen. Aktuelle Erkenntnisse deutscher Forschungseinrichtungen weisen in der gesamten deutschen Ostsee eine Kontamination mit Sprengstoff nach (https://udemm.geomar.de/ap3-chemisches; UDEMM Practical Guide http://oceanrep.geomar.de/48842/1/geomar_rep_ns_54_2019.pdf). Bislang unveröffentlichte Zwischenergebnisse laufender Forschungsprojekte zeigen vergleichbare Ergebnisse für die Nordsee. In den besonders belasteten Versenkungsgebieten wurden erhöhte Lebertumorraten bei Plattfischen nachgewiesen und im Fleisch

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

von Muscheln wurde bereits gelöster TNT-Sprengstoff nachgewiesen. Damit gelangen die Sprengstoffe in die Nahrungskette der marinen Ökosysteme und sind beim Verzehr von Fisch und Meeresfrüchten auch eine Frage des Verbraucherschutzes (https://www.thuenen.de/de/thema/meere/integrierte-bewertung/zeitbomben-im-meer/). In Zukunft wird die Umweltgefahr von Munitionsaltlasten und die Exposition der Flora und Fauna unter Wasser weiter zunehmen. Das Einwirken der Umwelteinflüsse und die fortschreitende Korrosion setzen den Kampfmitteln zu und führen zu einem weiteren Freisetzen der teils krebserregenden Giftstoffe. Jedes weitere Hinauszögern der Bergung der Kampfmittel setzt unsere Meere also einer stetig wachsenden Umweltgefahr aus. Eine großflächige Räumung und umweltverträgliche Vernichtung der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee, die auf Unterwassersprengungen verzichtet, muss deshalb höchste Priorität haben.

Um eine umfassende Strategie für die vollständige Bergung und Vernichtung von Munitionsaltlasten in der deutschen Nord- und Ostsee zu entwickeln, fehlt es bisher jedoch am nachdrücklichen politischen Willen; zusätzlich erschwerend war bislang der über Jahrzehnte andauernde Zuständigkeitsstreit zwischen Bund und Ländern. Trotz weiterem Forschungsbedarfs haben aktuelle und international anerkannte Forschungsprojekte unter Federführung oder Beteiligung deutscher Forschungsinstitutionen (u.a. UDEMM, DAIMON, ROBEMM, BASTA, ExPloTect) gezeigt, dass wir auf einem guten Weg sind, die Lösungen für dieses vernachlässigte Problem der Munitionsaltlasten zu erarbeiten. Angesichts der riesigen Herausforderung drängt jedoch die Zeit.

Die dringend notwendige systematische Vorgehensweise bei der Räumung der Kampfmittel verlangt deshalb einen Transfer der Ergebnisse von Pilotprojekten in die praktische Räumung und eine Skalierung der Kapazitäten in Relation zu der tatsächlichen Herausforderung. Neben dem Aufbau von und der Investition in entsprechende Räumungskapazitäten müssen dazu auch eine großflächige und engmaschige Kartierung und ein begleitendes Monitoring der Altlasten erfolgen. Dies gilt darüber hinaus auch für den zwingend benötigten Ausbau der Entsorgungs- bzw. Verbrennungskapazitäten. Die bisherige Infrastruktur der Gesellschaft zur Entsorgung von chemischen Kampfstoffen und Rüstungsaltlasten (GeKa) ist trotz seit Jahrzehnten bekannter Bedarfslage nicht ansatzweise für die vollständige Vernichtung der großen Mengen an Munitionsaltlasten aus den deutschen Meeresgebieten vorbereitet. Vielmehr ist umgehend ein Ausbau der Verbrennungskapazitäten erforderlich und ggf., wenn umweltverträglich möglich, ein (mobiler) Betrieb in Küstennähe oder auf dem Meer erstrebenswert.

Die Bundesregierung hat es in den vergangenen Jahrzehnten versäumt, auf die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu reagieren und eine entsprechende Infrastruktur oder zumindest eine Strategie für die Bergung der Altlasten zu entwickeln. Trotz ihrer Mitgliedschaft im wichtigen Expertenkreis Munition im Meer in der "Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Nord- und Ostsee" (BLANO) hat sie die bundespolitische Verantwortung negiert und Länder, Wissenschaft und Wirtschaft mit dem Problem der Munitionsaltlasten sich selbst überlassen. Engagierte Landesregierungen, wissenschaftliche Einrichtungen und Unternehmen stoßen ohne die bundespolitische Unterstützung an ihre Grenzen. Um diese Herausforderungen anzugehen, sind daher die Unterstützung und Koordination auf Bundesebene notwendig. Deshalb hat auch die UMK das Thema wiederholt aufgegriffen und unter Federführung von Schleswig-Holstein um bundespolitische Unterstützung in Fragen der Munitionsräumung gebeten (https://www.umweltministerkonferenz.de/Mitglieder-UMK-Mitglieder.html.html/Aktuelles-Box.html?newsID=230).

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die vollständige Räumung und Vernichtung der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee wird viele Jahre in Anspruch nehmen und einen immensen Kostenaufwand mit sich bringen. Sie bietet aber auch wissenschaftliche und wirtschaftliche Chancen, da deutsche Institutionen und deutsche Unternehmen bereitstehen, sich an der strategischen Räumung zu beteiligen. Der Bund ist dringend gefordert, die politische Verantwortung zu übernehmen und die Länder insbesondere finanziell bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Letztlich werden die Kosten mit fortschreitender Korrosion der Kampfmittel und höherer Schlagempfindlichkeit der Sprengstoffe in den kommenden Jahren noch weiter steigen und eine Bergung eventuell unmöglich machen. Somit ist klar, dass, je schneller die Räumung vollzogen wird, auch insgesamt Kosten eingespart werden können. Darüber hinaus sollen die gewonnen Erkenntnisse dafür genutzt werden, um in Deutschland ein Kompetenzzentrum aufzubauen, welches den Wissensstand bündelt und bestmöglich weiterentwickelt. Hinsichtlich der Ansiedlung bietet sich hier eine Kooperation der Städte Kiel und Rostock, mit den bereits vorhandenen Forschungseinrichtungen, wie dem Ocean Technology Campus und dem GEOMAR-Helmholtz-Zentrum und den existierenden Infrastrukturen an. Für eine Verteilung auf zwei Standorte in Nord- und Ostdeutschland unter einem gemeinsamen Dach würden zudem die zu erwartenden Strukturimpulse sprechen. Dabei können jetzt entwickelte Räumtechnologien sowie Entsorgungslösungen und die gesammelte Erfahrung auch in andere Länder exportiert werden und damit nicht nur die Sicherheits- und Umweltgefahren weltweit bekämpft werden, sondern letztlich auch ein Treiber für Innovation und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sein.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in Federführung und gemeinsam mit den betroffenen Landesregierungen der Küstenländer, der Wissenschaft, der Wirtschaft und den Vertretern von Umweltverbänden eine umfassende Strategie für die vollständige Bergung und umweltverträgliche Vernichtung von Munitionsaltlasten in der deutschen Nord- und Ostsee zu entwickeln, die auch die Erarbeitung eines langfristigen Finanzierungsplans aus Bundes- und Landesmitteln beinhalten soll;
2. im Rahmen dieser Strategie:
    a. klare Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und weiteren beteiligten Institutionen zu erarbeiten, um eine effiziente Zusammenarbeit sowie einen schnellen Einstieg in die großflächige Bergung von Kampfmitteln zu ermöglichen;
    b. die Schaffung einer gemeinsam getragenen Institution unter Berücksichtigung der bestehenden Arbeitsstrukturen, welche die Räumung der Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee koordiniert und einen Arbeitskreis der Ressorts zur vollständigen Räumung der Nord- und Ostsee leitet, voranzutreiben;
    c. die Vernichtungskapazitäten der Gesellschaft zur Entsorgung von chemischen Kampfstoffen und Rüstungsaltlasten schnell und umfassend auszubauen und den zu erwartenden Munitionsbergungen aus Nord- und Ostsee anzupassen;
    d. die Zusammenlegung der verschiedenen Datenbanken und Meldestellen von Bund und Ländern für Munition in Nord- und Ost-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

see in einer gemeinsamen Stelle zu überprüfen und die Auswertung historischer Daten im Sinne einer Vervollständigung der Datenbank zu intensivieren;

e. die Entwicklung moderner und umweltverträglicher Räumtechnologien voranzutreiben und die Anschaffung einer mobilen umweltverträglichen Vernichtungsanlage für Munition zu initiieren;

f. bei unvermeidlichen Unterwassersprengungen strenge naturschutzfachliche Maßnahmen zu implementieren und mindestens die Nutzung von Vergrämungstechniken und Blasenschleiern zur Reduktion der UW-Schallwirkungen vorzuschreiben, sowie die Freisetzung von chemischen Substanzen in den Wasserkörper auf ein absolutes Mindestmaß zu beschränken;

g. in Zusammenarbeit mit den deutschen Forschungseinrichtungen die Schaffung eines wissenschaftlichen Kompetenzzentrums unter Einbeziehung der bisher bestehenden Arbeitsstrukturen, innovativer Fachfirmen und Projekte voranzutreiben, in dem die Forschung zum Umgang mit Munitionsaltlasten in den Meeren gebündelt/koordiniert wird und dieses als Knowledge-Hub in der Wissenschaft formal zu etablieren und gezielt den Wissenstransfers zu unterstützen;

h. in diesen Strukturen die vollständige Kartierung der deutschen Meeresgebiete in Nord- und Ostsee zu ermöglichen und unter Einbeziehung aller kompetenten Behörden und tauglichen Wasserfahrzeuge voranzutreiben und ein umfassendes Monitoring inklusive der Bewertung des Gefahrenpotenzials einzelner Räumgebiete und der Kampfmittel zu implementieren, um eine Priorisierung der Bergungsobjekte zu ermöglichen;

i. durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung ein Förderprogramm für ein Pilotprojekt aufzusetzen, das die praktische Erprobung von umweltverträglichen Bergungsverfahren in den Versenkungsgebieten zum Ziel hat;

j. noch in 2021 ein Pilotprojekt in der Ostsee zu initiieren, welches wissenschaftliche Erkenntnisse in praktische Erfahrung der umweltverträglichen Munitionsräumung umsetzt und einen strategischen flächendeckenden Ansatz für die deutsche Nord- und Ostsee vorbereitet;

k. in Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Ausweitung der Untersuchung und Analyse der Umweltgefahren von Munitionsaltlasten, insbesondere mit der Perspektive auf die Schadstoffbelastung von Fisch-, Garnelen und Muschelbeständen und den Verbraucherschutz, zu entwickeln;

l. die Bundesrepublik Deutschland zu einem führenden Forschungsstandort für den Umgang mit versenkter Munition zu entwickeln und diese Expertise weltweit zu exportieren;

m. zu prüfen, inwiefern eine sukzessive Auswertung des Interreg-Projekts North Sea Wrecks zur Klärung der Frage der Munitionsbelastung im Zusammenhang mit Schiffswracks möglich ist

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

und auf Basis der Auswertung eine Strategie zur Bergung von Munition und Altöl in Schiffswracks zu entwickeln;

n. zu überprüfen, inwiefern mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ein Pilotprojekt zur Bergung von Altöl in Schiffswracks ausgeschrieben werden kann und Fördermittel für Bergungsprojekte innerhalb der europäischen Meere in Kooperation mit anderen Mitgliedsstaaten bereitzustellen wären;

o. die Zusammenarbeit zu den Munitionsaltlasten im Ostseeraum als Blaupause für die weitere internationale Zusammenarbeit in Europa und darüber hinaus zu erschließen.

Berlin, den 29. Januar 2021

Christian Lindner und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.